

**Demokratie heißt,  
sich in seine eigenen Angelegenheiten einzumischen.**

## **Grundsatzpapier der Naturfreundejugend Deutschlands zur Partizipation von Kindern und Jugendlichen**

### **Wie wir Partizipation verstehen**

Der Begriff „Partizipation“ hat gesamtgesellschaftlich immer wieder Konjunktur. Doch von „Mitwirkung mit Wirkung“ bis hin zur „Effektivierung der Umsetzung von Entscheidungen“ reicht das Verständnis, das sich hinter diesem Begriff verbirgt. Gerade im Feld der Kinder- und Jugendhilfe taucht der Begriff immer wieder auf.

Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an allen sie betreffenden Entscheidungen ist als Ziel heute gesamtgesellschaftlich anerkannt und teilweise gesetzlich festgeschrieben (UN-Kinderrechtskonvention, Kinder- und Jugendhilfegesetz). Partizipation, d. h. Teilhabe und Beteiligung von Kindern und Jugendlichen, ist damit zu einem Querschnittsthema für verschiedenste gesellschaftliche Bereiche geworden. Aber längst nicht in allen, das Leben von Kindern und Jugendlichen betreffenden Bereichen, wird ihnen tatsächliche Partizipation ermöglicht.

Insbesondere in der Politik auf Bundes-, Landes und kommunaler Ebene wurde in den letzten Jahren auf unterschiedlichste Weise die Partizipation von Kindern und Jugendlichen angestrebt, aber oft nicht erreicht. Hier sind große Unterschiede zwischen den Kommunen und den Ländern untereinander sowie im Vergleich mit dem Bund zu verzeichnen.

Partizipation ist die verantwortliche und nicht erzwungene Beteiligung der Betroffenen an der Verfügungsgewalt über ihre Gegenwart und Zukunft.

Partizipation ist Gestaltungsmacht, das bedeutet Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit zu bieten, ihr Recht wahrzunehmen, die Gesellschaft, in der sie leben und aufwachsen, aktiv mitzugestalten.

Partizipation ist Mitwirkung mit Wirkung. Wo Kinder und Jugendliche, Mädchen und Jungen, junge Frauen und junge Männer sich beteiligen, soll ihre Mitwirkung auch Wirkung zeigen.

Partizipation ist eine zwingende Voraussetzung für den Erhalt der Demokratie in einer Gesellschaft. Ohne Partizipation gibt es keine Zukunft. Der Grad der Partizipation von Kindern und Jugendlichen gibt Auskunft über die Zukunftsfähigkeit einer Gesellschaft.

Partizipation ist die Eintrittskarte in die demokratische Gesellschaft. Wer Kinder und Jugendliche nicht ernst nimmt, ihre Sorgen und Ideen missachtet und ihnen den Zugang zu Entscheidungen verwehrt, nimmt eine Entfremdung der Kinder und Jugendlichen von der Lebensform "Demokratie" in Kauf und stellt damit diese in Frage. Aus diesen Gründen sprechen wir uns auch für eine Herabsetzung des Wahlalters aus.

### **Partizipation und Jugendverbände**

Der Wille und die Fähigkeit zur Partizipation muss sich erst entwickeln, gerade hier leisten Jugendverbände bei Kindern und Jugendlichen wichtige Arbeit. Jugendverbände sind Lern- und Erfahrungsräume für Kinder und Jugendliche, um echte Partizipation zu erleben

und demokratisches Handeln einzuüben. Kinder- und Jugendverbände sind originäre Aktionsfelder, die die Partizipation von Kindern und Jugendlichen ermöglichen. Partizipation von Kindern und Jugendlichen in und durch Kinder- und Jugendverbände ermöglicht das Lernen von Fähigkeiten und Haltungen, die im politischen Leben nötig sind. Dazu gehören Bereitschaft und Fähigkeit zur Artikulation eigener Interessen und zur Einschätzung der Möglichkeit ihrer Durchsetzung sowie zum Umgang und Leben mit Konflikten, Misserfolg und Erfolg. Aber auch die Emanzipation von Marginalisierten ist ein Ziel von Partizipation in Jugendverbänden.

Kinder und Jugendliche lernen in der Gruppe und in der verbandlichen Zusammenarbeit auch sich mit Gleichgesinnten zusammen zu tun, Kompromisse zu finden, der Macht kritisch gegenüber zu stehen, aber auch Macht verantwortlich zu nutzen. Dies sind somit Kernbereiche politischen Lernens und Lebens. Das Leben im Jugendverband ist geprägt von solchen Lernprozessen, denn Jugendverbände bieten nicht bloß die Möglichkeit zur Teilnahme an vorgeformten Aktivitäten. Die Jugendverbandsarbeit bietet und erfordert die aktive Mitgestaltung in allen Bereichen. Die Demokratie wird erfahrbar, weil die eigene Freizeit und der Verband demokratisch gestaltet werden. Kinder und Jugendliche erfahren hier Demokratie als Lebensform.

### **Partizipation und Bildung**

Ein zentrales Erlebnisfeld von Gemeinschaft und Interessenvielfalt für alle Kinder und Jugendlichen ist die Schule. In den Schulen verbringen Kinder und Jugendliche bereits jetzt einen großen Teil ihrer Tageszeit. Die Beteiligungsmöglichkeiten und Mitbestimmungsrechte der Kinder und Jugendlichen an Schulen entsprechen jedoch längst nicht ihrem Potenzial. Hier besteht Weiterentwicklungsbedarf, der u.a. Unterrichtsformen, -zeiten und -inhalte, die Gestaltung von Lernräumen die Kommunikation zwischen LehrerInnen und SchülerInnen sowie auch die Art des Kontaktes der Schule zum kommunalen Gemeinschaftsleben betrifft. Zudem ist die Mitbestimmung in allen Schulprogrammen als Lernfeld zu verankern und durch pädagogische Begleitung zu fördern. Die Ausweitung der Kompetenzen und Rechte der SchülerInnenvertretungen ist unabdingbar.

Das deutsche System der Betriebsverfassung ist im internationalen Vergleich beispielhaft für die Beteiligungsrechte, die es Auszubildenden und jugendlichen ArbeitnehmerInnen in den Betrieben einräumt. Sich im Betrieb zu organisieren und die eigenen Belange kollektiv vertreten zu können, ist eine wichtige Voraussetzung zur beruflichen Integration, für eine selbstständige und eigenverantwortliche Lebensführung und Persönlichkeitsentwicklung sowie zur Förderung des demokratischen Wertebewusstseins und Verhaltens zur Sicherung der demokratischen Grundlagen des Gemeinwesens. Die konkreten Beteiligungsrechte stoßen dennoch an Grenzen. So haben junge Beschäftigte in Betrieben ohne Betriebsrat keine Möglichkeit, eine Jugend- und Auszubildendenvertretung zu wählen. Die Beteiligungsrechte von jungen Rehabilitanden in Ausbildungswerkstätten bleiben im Zweifel ohne Auswirkungen auf die Ausbildungsbedingungen. Für Auszubildende in außerbetrieblichen Ausbildungsstätten fehlt es trotz der jüngst geschaffenen gesetzlichen Voraussetzungen an einer Verordnung, die Rechte und Möglichkeiten der Interessenvertretung konkret regelt. Für den Bereich der schulischen Ausbildung mangelt es gänzlich an Rechten. Die gesetzlichen Möglichkeiten zur Partizipation in der Ausbildung sind entsprechend auszuweiten und anzugleichen, um die gesetzliche Ungleichbehandlung von Auszubildenden aufzuheben.

Die studentische Selbstverwaltung bietet ebenfalls beispielhafte Beteiligungsmöglichkeiten, wenn sie – wie in den meisten Bundesländern – institutionalisiert ist. In AStA (Allgemeiner Studierender Ausschuss), Studierendenparlament und politischen Hochschulgruppen lernen Jugendliche und junge Erwachsene demokratische Verhaltensweisen, Gre-

mienarbeit und die eigenverantwortliche Verwaltung eines relevanten Etats. Daher ist es dringend notwendig, dass in allen Bundesländern ASten mit einem allgemeinpolitischen Mandat und einem selbstverwaltetem Haushalt eingerichtet werden.

### **Partizipation von Kindern und Jugendlichen ist aber nicht, wenn**

- einzelne Jugendliche nur befragt werden und von ihrer Position auf die Meinung der gesamten Altersgruppe geschlossen wird;
- Internetforen eingerichtet werden, die potenziell allen zugänglich sind, ohne zu berücksichtigen, dass unterschiedliche Zielgruppen sehr unterschiedliche Zugänge zu den verschiedenen Medien haben und somit tatsächlich nur eine kleine Gruppe erreicht wird;
- eine bestimmte Anzahl von Kindern und Jugendlichen in einem Gremium (Kinderparlament oder Jugendgemeinderat etc.) beteiligt wird – ohne zu gewährleisten, dass diese Kinder und Jugendlichen sich mit anderen rückkoppeln und eine abgestimmte Meinung einbringen können bzw. durch eine Urwahl gewählte VertreterInnen geworden sind;
- punktuelle Verfahren öffentlichkeitswirksam inszeniert werden, aber keine Nacharbeit und Wirkungskontrolle eingeplant wird.

Die bloße Veranstaltungsteilnahme von Kindern und Jugendlichen ist keine politische Beteiligung. Direkte Beteiligung von Kindern und Jugendlichen als ExpertInnen in eigener Sache kann dazu beitragen, den Wert demokratischer Aushandlungsprozesse zu vermitteln. Dafür muss sie aber entsprechend gestaltet und ernst gemeint sein.

### **Kriterien für Partizipation**

Der folgende Kriterienkatalog formuliert Ansprüche die für die verschiedensten gesellschaftlichen Bereiche, in denen Partizipation von Kindern und Jugendlichen realisiert werden soll. Sie kann den AkteurInnen in Jugendverbänden genauso als Richtschnur dienen wie den PlanerInnen von Jugendforen und -räten oder Kinder- und Jugendparlamenten in Kommunen, Ländern oder dem Bund.

#### **1. Verantwortungs- und Vertretungsprinzip**

Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in demokratischen Systemen bedeutet, dass sie ihre Ansprüche und Anliegen selbst vertreten oder ihre VertreterInnen selbst bestimmen. Wenn Kinder und Jugendliche sich beteiligen, dann geht es um Entscheidungen, die von ihnen selbst getroffen werden, aber auch um die Interessensvertretung gegenüber und Diskussion mit EntscheidungsträgerInnen in Bereichen, bei denen die Kinder und Jugendlichen nicht allein über alles entscheiden und sie eine der Gruppen sind, die auf eine Entscheidung Einfluss nehmen will.

#### **2. Verantwortung der InitiatorInnen, PlanerInnen und OrganisatorInnen**

Zur Gewährleistung der Partizipation von Kindern und Jugendlichen sind die InitiatorInnen, PlanerInnen und OrganisatorInnen dafür verantwortlich, dass

- die Kinder und Jugendlichen die Mitbestimmung und deren Ergebnisse sichtbar und spürbar erfahren;
- die durch spezielle partizipatorische Arbeitsformen erarbeiteten Ergebnisse der Kinder und Jugendlichen sichergestellt werden;
- den Kindern und Jugendlichen Sachkenntnisse und Informationen kind- bzw. jugendgerecht vermittelt werden, um Entscheidungen mit Sachverstand fällen zu können;
- die Kinder und Jugendlichen nicht nur eine Alibifunktion einnehmen bzw. für repräsentative Zwecke instrumentalisiert werden
- den Kindern und Jugendlichen die personellen, finanziellen und strukturellen

- Rahmenbedingungen im Vorfeld eröffnet bzw. erklärt werden und
- alle Interessierten in den Beteiligungsprozess integriert werden.
- die Entscheidungen und Beschlüsse der Kinder und Jugendlichen umgesetzt werden.

### **3. Verantwortung der Kinder- und Jugendlichen und ihrer gewählten Repräsentanten**

Die beteiligten Kinder und Jugendlichen bzw. ihre gewählten VertreterInnen müssen die Bereitschaft aufbringen, sich auf den Lern- und Aushandlungsprozess einzulassen, sich verbindlich zu engagieren und die Ergebnisse (mit den Delegierenden) rückzukoppeln.

### **4. Strukturelle und methodische Voraussetzungen**

Partizipation von allen Kindern und Jugendlichen ist aus Sicht der Naturfreundejugend Deutschlands dann erfolgreich, wenn folgende strukturelle und methodische Voraussetzungen gegeben sind:

- Die tatsächliche Beteiligung junger Menschen, einschließlich MigrantInnen wird ermöglicht.
- Die Ziele und Ansprüche der Kinder und Jugendlichen sind realisierbar und die Erfüllung dieser Ziele ist messbar.
- Minderheitenpositionen finden angemessenen demokratischen Einfluss und Berücksichtigung.
- Die Beteiligung basiert auf dem Prinzip der Freiwilligkeit. Es ist möglich, dass sich Kinder und Jugendliche auch nur zeitweise beteiligen (Es gibt keine Zwangsbeteiligung).
- Eine projektbezogene Beteiligung ist möglich.
- Bei Konzeption und Durchführung werden Unterschiede in Bezug auf Alter, Geschlecht, kulturellen Hintergrund, persönlichem Hintergrund und Erfahrung beachtet und die Methoden der jeweiligen Gruppe angemessen gewählt. Darüber hinaus werden die Beteiligten über ihre Rechte informiert, genauso wird bei Sachfragen ein gleicher Informationsstand hergestellt.
- Es gibt keine Widersprüche zwischen Form, Methode und Inhalt.
- Die Strukturen sind hinsichtlich der Rahmenbedingungen für Kinder und Jugendliche geeignet.
- Der Nutzen von Gremien und Ämtern ist für Kinder und Jugendliche klar ersichtlich und die Gremien bzw. Ämter sind daher auch durch diese selbst gewollt.
- Partizipation wird nicht als Selbstzweck begriffen, sie ist ein wesentlicher Bestandteil der sozialen Kompetenz der Kinder und Jugendlichen.
- Die Finanzierung von Partizipationsprozessen durch öffentliche Träger muss zu einer institutionellen Förderung werden.

### **5. Ergebnisoffenheit der Prozesse**

Kinder und Jugendliche sind aus Sicht der Naturfreundejugend Deutschlands nur wirklich beteiligt, wenn Folgendes gilt:

- Kinder und Jugendliche können über Ziele und Wege des Partizipationsprozesses mitentscheiden und sollen möglichst an allen Arbeitsschritten beteiligt werden.
- Kinder und Jugendliche haben eine realistische Chance ihre Forderungen durchzusetzen.
- Ihre Ideen werden von den Adressaten aufgenommen.
- Andere Meinungen werden akzeptiert.

### **6. Zielgruppe**

Aus Sicht der Naturfreundejugend Deutschlands muss bei der Partizipation von Kindern

und Jugendlichen Klarheit über die Zielgruppe bestehen. Dabei sind der Lebensweltbezug der Betroffenen und ihre Lebenslagen zu berücksichtigen.

### **7. Lernprozesse**

Partizipation von Kindern und Jugendlichen setzt aus Sicht der Naturfreundejugend Deutschlands Lernen und Lernmöglichkeiten voraus:

- Kindern und Jugendlichen wird die Möglichkeit eröffnet, eigene Interessen zu erkennen, zu formulieren und durchzusetzen.
- Alle TeilnehmerInnen werden an die Themen herangeführt und weitergebildet. Bei den Beteiligten werden Lernprozesse initiiert.
- Es werden alle an Wissen und Erfahrungen beteiligt.
- Die Beteiligten können Sachkenntnisse erwerben, um ihre Meinungsbildung zu fundieren.
- Die Öffentlichkeit wird über den Prozess und die Ergebnisse informiert.

### **8. Spaß**

Beteiligungsprozesse werden so gestaltet, dass Kinder und Jugendliche Spaß daran haben. Hierbei ist wesentlich, dass Kinder und Jugendliche Spaß haben, aber nicht "be-spaßt" werden. Partizipation wird nicht durch Konsum aufgepeppt, sondern eröffnet Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit zur Konsumkritik. Darüber hinaus wird gewährleistet, dass trotz spielerischer Erarbeitung in lockerer Atmosphäre die Forderungen, Ziele und Ergebnisse umgesetzt werden können. Eine Vorbereitung auf mögliche Frustrationen findet statt.

### **9. Folgen**

Die Ergebnisse von Partizipationsprozessen werden klar kommuniziert und nach außen vertreten. Gegenüber EntscheidungsträgerInnen wird deutlich gemacht, dass es sich dabei nicht um Empfehlungen, sondern klare Forderungen von Betroffenen handelt. Die Beteiligten werden über die Folgen des Partizipationsprozesses informiert.

### **10. Jugendverbandskultur**

Die Partizipation von Kindern und Jugendlichen hat ihren Ursprung in den demokratischen Strukturen der Jugendverbände. Daher legt sich die Naturfreundejugend Deutschlands folgende Selbstverpflichtung auf:

- a) Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen macht vor nichts Halt, auch nicht vor Personal- und Finanzfragen.
- b) Entscheidungsprozesse werden von Älteren so gestaltet, dass auch Jüngere daran teilhaben können. Alle notwendigen Informationen werden alters- und personenangemessen dargestellt.
- c) Kinder und Jugendliche bestimmen über ihre demokratischen Strukturen selbst.
- d) Ehrenamtliche haben gegenüber nicht demokratisch legitimierten Hauptamtlichen die Entscheidungshoheit.
- e) Die nicht demokratisch legitimierten Hauptamtlichen akzeptieren die Entscheidungen der Kinder und Jugendlichen und setzen sie um.
- f) Die GruppenleiterInnen und Funktionäre setzen in die Kinder und Jugendlichen das notwendige (Selbst-)Vertrauen.

### **Empfehlung der Antragskommission:**

Die Antragskommission empfiehlt der Bundeskonferenz die Annahme. Wir schlagen folgende Arbeitsaufträge vor:

1. Die Bundesleitung wird beauftragt, die Gremienstrukturen innerhalb der Naturfreundejugend Deutschlands hinsichtlich der formulierten Ansprüche zu

überprüfen.

2. Die Landesverbände werden aufgefordert, sich in zukünftigen Berichten zum Bundesausschuss/zur Bundeskonferenz zur Frage der Partizipation von Kindern und Jugendlichen zu äußern.

Nach Beschlussfassung empfehlen wir die Vertretung der Position im politischen Raum.

*Beschluss der Bundeskonferenz 2005 der Naturfreundejugend Deutschlands mit großer Mehrheit bei zwei Nein-Stimmen und einer Enthaltung*